

Protokoll

Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Montag, 19.02.2024

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr

Sitzungsende: 18:34 Uhr

Ort, Raum: Rathaus, Sitzungszimmer "Schlei", Rathausmarkt 1, 24837 Schleswig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Anträge zur Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.01.2024
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschluss über die Unterzeichnung der "Charta der Vielfalt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.01.2024)
VO/2024/014
- 6 Bericht aus der Steuerungsgruppe FairTrade
- 7 Sachstand Bevölkerungsschutz in der Stadt Schleswig
- 8 Bericht der Verwaltung, Anfragen der Ausschussmitglieder
 - 8.1 Sachstand zur Umsetzung des Hinweisgeberschutzgesetzes
 - 8.2 Sachstand zum Fahrzeugbeschaffungsgesetz
 - 8.3 Ankündigung zur Änderung der Hauptsatzung
 - 8.4 Medientechnik im Ständesaal

- 8.5 Hinweise zur PiA-Ausbildung
- 8.6 Berichterstattung im SHZ zur Kanalisation im Stadtgebiet
- 8.7 Helfer*innen-Fest
- 8.8 Trierer Erklärung Bündnis Demokratie
- 8.9 Einsatz von Gebärdensprachendolmetscher*innen
- 8.10 Nutzung des Intendantenhauses im Lollfuß

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Bericht der Verwaltung, Anfragen der Ausschussmitglieder
 - 9.1 Bericht
 - 9.2 Bericht
 - 9.3 Anfrage
 - 9.4 Anfrage

Öffentlicher Teil

- 10 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Anwesend

Vorsitz

Daniel Drews	CDU
--------------	-----

Mitglieder

Jan-Henrik Vogt	SPD	
Steffanie Hildebrandt	CDU	ab TOP 6
Arne Hinrichsen	CDU	
Udo Luchterhand	CDU	bis TOP 5 Vertretung für: Steffanie Hildebrandt; anwesend bis TOP 8.8
Susanne Roß	CDU	Vertretung für: Holger Ley
Inke Asmussen	SPD	Vertretung für: Fabian Bellinghausen
Jürgen Lorenzen	SPD	Vertretung für: Maren Korban
Bernd Barz	SSW	

Kirsten Nielsen	SSW	
Sina Clorius	GRÜNE	
Dr. Babette Tewes	GRÜNE	ab TOP 6
Aaron Akkuzu	FDP/FW	
Stephan Dose	Bürgermeister	
Uwe Schröder	parteilos	

Verwaltung

Jürgen Augustin	Stadtwerke SH	bis TOP 8.10
Carola Hofbauer-Raup		bis TOP 7
Dr. Julia Pfannkuch		
Falko Thede		
Udo Wessolowski		

Weitere Anwesende

Horst Rieger	Beauftragter für Menschen mit Behinderungen	bis TOP 8.10
Helge Schütze	Stadtmarketing Schleswig GmbH	bis TOP 8.4

Abwesend

Mitglieder

Holger Ley	CDU	entschuldigt
Fabian Bellinghausen	SPD	entschuldigt
Maren Korban	SPD	entschuldigt
Ingo Harder	BfB	abwesend

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2 Anträge zur Tagesordnung

Es wird beschlossen, die Öffentlichkeit ab TOP 9 auszuschließen.

Abstimmungsergebnis

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.01.2024

Einwände gegen das Protokoll werden nicht erhoben. Es gilt somit als genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

Anfragen werden nicht vorgetragen.

5 Beschluss über die Unterzeichnung der "Charta der Vielfalt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.01.2024) VO/2024/014

Der Vorsitzende verweist auf die Drucksache VO/2024/014 und erläutert diese.

Beschlussempfehlung

Es wird beschlossen, die „Charta der Vielfalt“ zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6 Bericht aus der Steuerungsgruppe FairTrade

Ratsfrau Clorius berichtet als Sprecherin der Steuerungsgruppe, dass FairTrade als Baustein die Nachhaltigkeitsziele einhalten und u. a. den fairen Handel unterstützen sowie die Strukturen und den Klima- und Artenschutz festigen soll. Auf Initiative der Jugendkonferenz ist die Steuerungsgruppe entstanden mit der Folge, dass Schleswig als FairTrade-Town anerkannt wurde. Ziel muss es sein, neue Mitglieder für die Steuerungsgruppe zu gewinnen, um das Thema weiter voranzutreiben. Sie bittet daher die Fraktionen, für dieses Thema im Bekanntheitskreis um Unterstützung zu werben, zumal die Auszeichnungsurkunde als Nachweis für die Anerkennung als „FairTrade-Town“ alle zwei Jahre zu erneuern ist. Zum nächsten verkaufsoffenen Sonntag findet eine Aktion zur Gewinnung weiterer Mitglieder und Betriebe statt. Die Stadtmarketing GmbH ist Teil der Steuerungsgruppe und einige Einzelhändler werben bereits mit FairTrade.

Bürgermeister Dose bestätigt aus dem Aufsichtsrat der Stadtmarketing GmbH, dass dieses Thema oben auf der Projektliste steht.

7 Sachstand Bevölkerungsschutz in der Stadt Schleswig

Bürgermeister Dose führt mit Rückblick auf den Ukraine-Krieg und die Gasmangellage in das Thema Bevölkerungsschutz ein und hinterfragt symbolisch, wie wir bei einem Blackout die

Bevölkerung schützen bzw. unterstützen können. Hierzu verweist er auf die Gründung und Arbeit eines Krisenstabes und bittet Frau Hofbauer-Raup um detailliertere Ausführungen.

Frau Hofbauer-Raup erläutert anschließend mit beiliegender PowerPointPräsentation den aktuellen Sachstand. Des Weiteren verweist sie auf den ebenfalls beiliegenden Ratgeber für Notfallvorsorge als Checkliste.

Anlage 1 Sachstand Bevölkerungsschutz

Anlage 2 Checkliste

8 Bericht der Verwaltung, Anfragen der Ausschussmitglieder

8.1 Sachstand zur Umsetzung des Hinweisgeberschutzgesetzes

Herr Wessolowski teilt in Bezug auf seine Berichterstattung am 8.1.2024, TOP 9, mit, dass zur Umsetzung der Vorgaben nach dem Hinweisgeberschutzgesetz zwischenzeitlich ein Lösungsvorschlag erarbeitet wurde, mit dem beabsichtigt ist, diese neue Aufgabe bei der Stabstelle Datenschutz zu platzieren. Lediglich die Zustimmung des Personalrates steht noch aus.

8.2 Sachstand zum Fahrzeugbeschaffungsgesetz

Mit Bezug auf TOP 10.3 der Hauptausschusssitzung am 8.1.2024 teilt Herr Wessolowski mit, dass das Fahrzeugbeschaffungsgesetz nicht für die Stadt Schleswig gelte.

Nach Rücksprache mit den Stadtwerken SH werden die Anfragen von Ratsherrn Bellinghausen von dort wie folgt beantwortet:

***Hat die Stadt Schleswig inkl. der Eigenbetriebe und der Kommunalbetriebe aufgrund dieses Gesetzes bereits eine Beschaffung vorgenommen?
Wenn ja, welche Fahrzeuge wurden angeschafft?***

Unabhängig von dem Gesetz haben sich die Unternehmen innerhalb des SH-Verbundes bereits vor dem SaubFahrzeugBeschG im Rahmen des Themas E-Mobilität mit der Beschaffung von E-Fahrzeugen beschäftigt und auch regelmäßig durchgeführt. Seit In-Kraft-Treten dieses Gesetzes haben die Eigenbetriebe bislang 2 Elektro-Pkw beschafft. Die Kommunalbetriebe haben keine eigenen Fahrzeuge mehr, da diese mit in die Stadtwerke SH übergegangen sind. Die Stadtwerke SH hat bislang 28 Elektro-Fahrzeuge (22 Pkw und 6 LLkw) beschafft.

Welche Beschaffungen werden perspektivisch aufgrund dieses Gesetzes vorgenommen, etwa aufgrund eines Ersatzkaufs von vorhandenen Fahrzeugen?

Grundsätzlich wird bei den Beschaffungen das Gesetz berücksichtigt. Jedoch werden mind. die in der Bereitschaft eingesetzten Fahrzeuge genau betrachtet und bewertet, ob hier ein Tausch von Verbrenner gegen Elektro Sinn ergibt. Hier gibt es bspw. eine Abstufung zwischen Führungs-, Meister- und Monteursbereitschaften auf Grund der Einsatzhäufigkeit. Bei den Nutzfahrzeugen haben wir in Erprobungen für unseren Betrieb durchgeführt, bspw. mit MB E-Sprinter oder MAN TGE. Aktuell liegt der Fokus jedoch auf den LLKW, wie bspw.

den bereits beschafften Fiat E-Doblos.

Welche Mehrkosten sind bereits aufgrund des Gesetzes entstanden oder noch zu erwarten?

Ohne einen direkten Vergleich zwischen Verbrenner und Elektroauto lassen sich Mehrkosten aktuell nicht beziffern. Dies begründet sich in

- unterschiedlichen Rabattansätzen der Hersteller,
- den Prämien, die wir bekommen haben,
- die Ausstattung und Verfügbarkeit der Fahrzeuge,
- Änderung in den Modellen der Hersteller
- Interne Anpassung der Modellgröße auf Grund des Kostenansatzes aus den Investitionsplänen.

Somit haben wir zwischen Plan und Ist keine Mehrkosten. Vielmehr haben wir auf den Markt reagiert und unsere Bedarfe hierauf optimiert und ggf. angepasst.

8.3 Ankündigung zur Änderung der Hauptsatzung

Herr Wessolowski kündigt für die nächste Ratsversammlung eine Drucksache zur Änderung der Hauptsatzung an. Hintergrund ist, dass die Festsetzung der dort aufgeführten Wertgrenzen in Anlehnung an die Empfehlung des Landes Schl.-Holst. bis Ende März 2024 befristet ist und nunmehr aufgrund der guten Erfahrungen mit diesen Wertgrenzen entfristet werden soll.

Ergänzend weist er darauf hin, dass die Verpflichtung für einen Hinweis auf Veröffentlichung von Satzungs- und Verordnungsbeschlüssen im Amtsblatt nicht mehr besteht; ein Auslegen bzw. Veröffentlichen des Amtsblattes reicht nunmehr aus. Auch diesbezüglich wird eine Anpassung der Hauptsatzung in die o. g. Drucksache aufgenommen. Die Kostenersparnis im Zusammenhang mit dem zukünftig entfallenden Hinweis in den Schleswiger Nachrichten und der Flensburg Avis beträgt rd. 6.000 bis 7.000 Euro pro Jahr.

Ratsfrau Hildebrandt regt an, eine Veröffentlichung zukünftig über die sozialen Medien der Stadt vorzunehmen.

8.4 Medientechnik im Ständesaal

Herr Wessolowski nimmt Bezug auf die Rückmeldungen zur Bestuhlung des Ständesaales und kündigt an, dass losgelöst von einem Bezug des AOK-Gebäudes nunmehr die neue Medientechnik für den Ständesaal beschafft werden soll, zumal er davon ausgeht, dass im Ständesaal auch weiterhin Sitzungen abgehalten werden. Entsprechende HH-Mittel stehen zur Verfügung.

Die Mitglieder des Hauptausschusses befürworten dieses Vorgehen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Vogt erläutert Herr Wessolowski, dass die geplante Medientechnik auch ein Videostreaming mit automatisierter Rednereinstellung umfasst.

8.5 Hinweise zur PiA-Ausbildung

Herr Thede berichtet, dass die PiA-Plätze für Heilpädagog*innen, Erzieher*innen und Sozialpädagogische Assistent*innen über ein Interessenbekundungsverfahren bei den Beruflichen Schulen den jeweiligen Arbeitgebern zugeteilt werden. In Anlehnung an die nachrichtlich im Stellenplan aufgeführten PiA-Stellen hat die Stadt Schleswig bei verschiedenen Beruflichen Schulen ihr Interesse bekundet, jedoch für den Ausbildungsstart 2024 lediglich 2 PiA-Plätze für Sozialpädagogische Assistent*innen an den Beruflichen Schulen in Rendsburg zugesagt bekommen. Hierfür starten in Kürze die Stellenbesetzungsverfahren. Eine Anfrage in Flensburg blieb ergebnislos.

Die Ausbildungen für Heilpädagog*innen werden zur Zeit weder in Schleswig und Rendsburg noch in Flensburg angeboten. Das BBZ in Schleswig bietet aufgrund von Lehrermangel noch keine der 3 PiA-Ausbildungen an.

8.6 Berichterstattung im SHZ zur Kanalisation im Stadtgebiet

Bürgermeister Dose nimmt Bezug auf einen Presseartikel zum Thema Hochwasserschutz, in dem über eine nicht ausreichende Kanalisation im Stadtgebiet berichtet wurde. Er stellt richtig, dass die Kanalisation im Stadtgebiet auf bestimmte Starkregenereignisse ausgerichtet ist, aber nicht im Zusammenhang mit Hochwasser.

8.7 Helfer*innen-Fest

Bürgermeister Dose berichtet über die Einladung zu einem Helfer*innen-Fest am 16.2.2024, zu dem Kommunalpolitiker*innen, Mitarbeiter*innen der Polizei, Stadtwerke und Stadtverwaltung, Mitglieder von der DGzRS, vom THW und von der Freiwilligen Feuerwehr (auch der Nachbargemeinden) eingeladen wurden, mit dem für die Hilfe und Unterstützung anlässlich der Hochwasserlage in Schleswig gedankt werden sollte. Dieses Vorgehen wurde den Rückmeldungen nach allseitig sehr geschätzt. Die Kosten tragen die Stadtwerke SH und die Stadtverwaltung je zur Hälfte.

8.8 Trierer Erklärung Bündnis Demokratie

Bürgermeister Dose berichtet von der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages, mit der sich gegen das jüngst bekanntgewordene Treffen und Vorgehen der AfD-Funktionäre ausgesprochen wird. Er führt aus, dass er als Vorstandsmitglied an dieser Vereinbarung mitgewirkt hat und dass er dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung setzen werde mit dem Ziel, sich dieser Vereinbarung anzuschließen und dem Bündnis Demokratie beizutreten.

8.9 Einsatz von Gebärdensprachendolmetscher*innen

Bürgermeister Dose nimmt Bezug auf die Ausführungen zu TOP 7.4 der Hauptausschusssitzung am 30.10.2023 sowie TOP 7.2 der Hauptausschusssitzung am 27.11.2023 und teilt mit,

dass verwaltungsseitig vorgeschlagen wird, den Einsatz von Gebärdensprachendolmetscher*innen fortzusetzen. Abweichend von der bisherigen Praxis sollen zukünftig jedoch zusätzlich auch die Ausschusssitzungen mit einbezogen werden. In den jeweiligen Sitzungseinladungen wird auf die Möglichkeit eines Einsatzes von Gebärdensprachendolmetscher*innen hingewiesen. Zu dieser ausgeweiteten Verfahrenspraxis sollen zunächst Erfahrungen gesammelt werden; die HH-Mittel werden dann ggf. im nächsten HH-Jahr entsprechend angepasst.

Ratsfrau Hildebrandt weist darauf hin, dass die neue Schulrätin als Dolmetscherin zur Verfügung stehen würde. Die Kontaktdaten wird sie zur Verfügung stellen.

8.10 Nutzung des Intendantenhauses im Lollfuß

Auf Nachfrage von Ratsfrau Clorius zum Sachstand bzgl. des Intendantenhauses im Lollfuß teilt Frau Dr. Pfannkuch mit, dass die zukünftige Nutzung dieses Gebäudes in eine Machbarkeitsstudie einfließen und zu ggb. Zeit in den Gremien vorgestellt werde.

Öffentlicher Teil

10 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil kein Beschluss gefasst wurde. Anschließend beendet er die Sitzung.

Daniel Drews
Vorsitz

Falko Thede
Protokollführung